03/2021

WIR HABEN EINIGES ERREICHT, SIND ABER NOCH LANGE NICHT AM ZIEL.

Liebe Freunde,
als Sie mich im Februar 2017 bei der Aufstellungsversammlung auf Listenplatz zwei gewählt haben, gab ich Ihnen ein Versprechen, nämlich dass ich all meine Kraft dafür einsetzen werde, dass die Alternative für Deutschland im Kampf um unser geliebtes deutsches Vaterland alternativ bleibt.
Ich bin von Beruf Rechtsanwalt und als dieser lagen mir immer ganz besonders die sozialen Themen am Herzen. Ja, ich bin der Anwalt der kleinen Leute und deshalb wollte ich auch unbedingt im Ausschuss für Arbeit und Soziales arbeiten. Die meisten meiner knapp 30 Bundestagsreden handelten vom Mindestlohn, betrieblicher Mitbestimmung oder der Rentenangleichung zwischen Ost und West. Oft wird mir nachgesagt, ich wäre ein Sozialist. Nein, ich bin ein starker Befürworter des solidarischen Patriotismus, der eine vom Staatsbürger her gedachte Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik ist, die auf dem Ideal der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards fußt.
Bei der Aufstellungsversammlung im Februar 2017 habe ich Ihnen auch versprochen, regelmäßig durch den Wahlkreis und die Kreisverbände zu reisen, um Rechenschaft über meine Tätigkeit im Deutschen Bundestag abzulegen. Ich habe unzählige Vorträge in den Kreisverbänden über meine Syrien-Reisen und das Thüringer Rentenkonzept gehalten. Sicher waren Sie auch einmal Gast bei einem dieser Vorträge. Mit meinen Kollegen von der Landesgruppe Thüringen haben wir die Thüringer Städte und Gemeinden besucht und über unsere Arbeit informiert. Unsere Marktplatztour im Sommer und unsere BiG-Veranstaltungen waren richtig toll. Nicht wenige von Ihnen sind meiner Einladung nach Berlin gefolgt und haben sich vor Ort über unsere Arbeit informiert. Für mich war und ist es immer wieder wie eine Motivationsspritze, wenn ich aus dem Berliner Trott heim nach Thüringen komme und mit all' den Mitstreitern und Unterstützern zusammen sein kann. Leider hat uns Corona auch in dieser Hinsicht einen Strich durch die Rechnung gemacht. Den Blockparteien zur Freude, denn sie brauchen ihre Politik derzeit vor keinem Bürger zu rechtfertigen.

2020 war ein sehr schwieriges Jahr. Ein Virus namens Corona machte Karriere und die Partei wurde ohne Not seitens des Bundessprechers Meuthen und seiner Mehrheit im Bundesvorstand in unruhiges Fahrwasser bewegt. Wie kaum ein anderer Politiker in der AfD habe ich öffentlich klar Stellung bezogen und meinen Kopf in den Wind gehalten. Das hat nicht immer jedem gefallen, aber es war notwendig! Wir dürfen es unserem Bundessprecher nicht durchgehen lassen, so schlecht über die eigene Partei zu reden. Ich kann guten Gewissens von mir sagen, dass ich meine Versprechen gehalten habe.
Bei der Aufstellungsversammlung für die Bundestagswahl 2021, haben wir bald wieder die Chance zusammenzukommen. Ich freue mich, Sie alle zu diesem wichtigen Listenparteitag bald wiederzusehen. Ich selbst werde erneut auf Listenplatz zwei kandidieren. Wenn Sie nunmehr der Überzeugung sind, dass ich meine Arbeit in der Bundestagsfraktion in Berlin gut erfüllt habe,

dann würde ich mich über Ihre Stimme und Unterstützung bei der kommenden Aufstellungsversammlung sehr freuen.
Ja, wir haben einiges erreicht, sind aber noch lange nicht am Ziel. Aber mit Mut, Kampfeswillen, Klugheit und Geduld kommen wir unserem Ziel näher. Lassen Sie sich nicht von Umfragen und missliebigen Journalisten hinter die Fichte führen. Das polit-mediale Establishment fürchtet uns mehr als je zuvor.

In alter Verbundenheit
Ihr

Jürgen Pohl

VIER JAHRE POHL IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
DIE FAKTEN KURZ & KNAPP

Zu meiner Person

- geboren 1964 in Magdeburg
- 1970 bis 1980 Schulzeit
- 1980 bis 1983 Berufsausbildung zum Elektriker mit Abitur
- 1983 bis 1984 Wehrdienst bei der NVA
- 1985 bis 1989 Studium der Rechtswissenschaften in Halle
- 1986 Heirat mit Carola
- 1991 Geburt meiner Tochter Johanna
- 1992 Eröffnung der Kanzlei und Selbständigkeit als Rechtsanwalt
- 2013 Eintritt in die AfD
- seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit 2020 Präsident des AfD Landesschiedsgerichts Thüringen

Faktenbox

- Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales
- stellv. Mitglied im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Vertreter im Kuratorium „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR"
- stellv. Sprecher Arbeitskreis Arbeit & Soziales der Fraktion
- stellv. Mitglied Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Vorsitzender der Regionalgruppe Mitteldeutschland,
- Sozial-Experte und ostpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion

Vier Jahre Deutscher Bundestag, ein kurzes Fazit:

In den nun bald vier Jahren in Berlin habe ich bis Ende Januar 2021 28 Reden im Bundestag gehalten. Vom Mindestlohn über die betriebliche Mitbestimmung bis zur Renteneinheit zwischen Ost und West. Ich habe an zwei Syrien-Reisen teilgenommen und mir ein eigenes Bild von der Lage vor Ort gemacht. Das Thüringer Rentenkonzept, dass maßgeblich von René Aust und mir konzipiert und von Björn Höcke, René Aust und mir auf der Bundespressekonferenz im Frühjahr 2018 vorgestellt wurde, floss in großen Teilen in den Rentenkompromiss der Partei ein, der von fast 90 Prozent der Delegierten auf dem Bundesparteitag in Kalkar verabschiedet wurde. Inmitten der Corona-Krise wurde unter meiner Federführung ein Sozialpapier der Sozialpolitiker der AfD in Mitteldeutschland erarbeitet und veröffentlicht, dass sozialpolitische Forderungen enthält, die einen handlungsfähigen Sozialstaat auch nach der Corona-Krise garantieren. Im Moment arbeiten meine Mannschaft und ich an der nächsten großen Stellschraube der AfD auf dem Weg zur Volkspartei: Einem Pflegekonzept!

Die Arbeit am neuen Pflegekonzept hat begonnen

DER PFLEGELOTSE
DIE ZENTRALE SCHNITTSTELLE IM PFLEGESYSTEM VON MORGEN

Die Missstände in der Pflege sind gravierend und der deutschen Öffentlichkeit sowie familiär betroffenen Bürgern seit Jahren bekannt. So sind viele Pflegebedürftige gegenwärtig mangelhaft versorgt. Zudem fühlen sich viele Angehörige in der Pflegesituation allein gelassen und wünschen sich eine bessere Beratungsunterstützung. Extrem belastend wirkt überdies ein massiver Personal- und Nachwuchsmangel in nahezu allen pflegerischen Bereichen. Trotz vielfältiger Aktionsprogramme

und zahlreicher gesetzgeberischen Initiativen gelang es den politisch Verantwortlichen bislang nicht, eine Trendwende in der Pflege einzuleiten. Kurzum: Die Altparteien haben hinsichtlich der Gestaltung einer zukunftsfähigen Daseinsfürsorge für alte und kranke Menschen kläglich versagt! Die Pflegelandschaft in Deutschland ist nach jahrzehntelanger Dauerdiskussion auf die erwartbar steigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen und die Zunahme neuer Krankheitsbilder denkbar schlecht vorbereitet. Darüber hinaus ist gute Pflege für immer weniger Familien bezahlbar und die Pflegeversicherung selbst steht vor gewaltigen Finanzierungsproblemen.

Was ist zu tun? Die AfD als Volkspartei muss sich der drängenden Probleme im Land annehmen und den Bürgern konkrete Lösungsvorschläge vorlegen. Hierzu zählt neben der Rente insbesondere die Pflege als sozialpolitische „Großbaustelle". Nachdem ich 2018 das Rentenkonzept der AfD-Fraktion Thüringen in die bundespolitische Debatte eingebracht habe, wird die Pflege ein weiterer Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit sein. Hierfür habe ich – getreu der sozialpatriotischen Leitidee - die Grundlagen einer alternativen Pflegepolitik erarbeitet, die meinen Beitrag zur Programmdiskussion der Partei darstellen. Um mein Pflegekonzept interessierten Bürgern bekannt zu machen, wurden bereits zwei begleitende Flyer in meinem Wahlkreis verteilt. Ein dritter Flyer folgt in Kürze und kann gerne mitsamt dem Pflegekonzept ab dem 15. März 2021 bei mir im Wahlkreisbüro bestellt werden. Vorab: Kernelement meines Lösungsansatzes bildet die Errichtung einer völlig neuen Beratungsstruktur in deren Mittelpunkt der

»Pflegelotse« steht. Was genau ich darunter verstehe, skizziere ich im Folgenden.

Das bestehende Pflegesystem in Deutschland ist unübersichtlich und kompliziert. Wenn der plötzliche Pflegefall eintritt, sind viele Fragen zu klären: Was muss organisiert werden und wer sind die Ansprechpartner? Wie kann die Pflege eines Angehörigen mit Beruf und Familie vereinbart werden? Was bedeuten Pflegegrade und welche Leistungen stehen Pflegebedürftigen bzw. Angehörigen zu?

In der Realität fehlt es heute oftmals an einem leicht erreichbaren Ansprechpartner, der Pflegebetroffene und ihre Angehörigen -

idealerweise schon vor dem Eintritt der akuten Pflegesituation – rund um das Thema Pflege informiert. Zudem erhöhen explodierende Pflegekosten das Armutsrisiko für die Pflegebedürftigen drastisch. Ob im Pflegeheim, im Krankenhaus oder in den eigenen vier Wänden – Pflegebetroffene und ihre Familien haben ein Recht auf gute und bezahlbare Pflege. Zentrale Schnittstelle im Pflegesystem der Zukunft ist der »Pflegelotse«, der für Pflegebetroffene jederzeit und kostenlos vor Ort erreichbar ist. Als Experte im Pflegefallmanagement koordiniert er die Versorgung in allen Bereichen der Pflege und behält vom ersten bis zum letzten Pflegetag den Gesamtüberblick über alle medizinischen, pflegerischen und organisatorischen Vorgänge. Auf Wunsch findet die Pflegeberatung in der häuslichen Umgebung statt, d.h. der Pflegelotse kommt wahlweise in die Wohnung des Hilfebedürftigen, um vor Ort bei möglichen Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen beratend zur Seite zu stehen. Kurzum: Zentrale Aufgabe des Pflegelotsen ist die Gewährleistung einer optimalen Versorgung Pflegebedürftiger und die Unterstützung eines möglichst selbstbestimmten Lebens unter Beachtung der individuellen Gegebenheiten. Mit diesem Kurzüberblick schließe ich meine Gedanken zu einer umfassenden Pflegereform.

Falls Sie Fragen oder Anregungen zum Thema Pflege haben, können Sie sich jederzeit gerne an mich wenden. Ich freue mich, mit Ihnen über dieses zentrale Zukunftsthema ins Gespräch zu kommen.

BERICHT ÜBER DIE DELEGATIONSREISEN IN DEN JAHREN 2018 UND 2019 NACH SYRIEN

Als sich die AfD-Bundestagsfraktion im Herbst 2017 konstituierte, formierte sich recht schnell eine Gruppe von Abgeordneten zu einer Syrien-Kontaktgruppe zusammen. Unser Ziel: Die Planung und Durchführung einer Delegationsreise nach Syrien, um die Lage vor Ort zu sondieren, die Lebenswirklichkeit in Syrien zu erfassen, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über die Rückführung der nach Deutschland geflüchteten Syrer zu sprechen. Mit den gesammelten Erkenntnissen wollten wir ressortübergreifende politische Akzente setzen und diese als parlamentarische Initiativen im Sinne der Leitlinien der AfD-Bundestagsfraktion in den deutschen Bundestag einbringen und so die Altparteien vor uns hertreiben.

ZIEL SIND GESPRÄCHE ÜBER DIE RÜCKFÜHRUNG DER SYRISCHEN ASYLBEWERBER NACH SYRIEN

Syrien hat in den letzten Jahren für die freie Welt den Kampf gegen den IS und die anderen islamistischen Terroristen geführt und gewonnen. Massive Flüchtlingsströme in den arabischen Raum insgesamt, insbesondere aber auch in den Libanon, die Türkei und nach Europa waren die Folge des von ausländischen Gruppen und Mächten nach Syrien hinein getragenen Krieges. Die syrische Republik kann nicht aus eigener Kraft die sozialen Verwerfungen lösen, die der Krieg verursacht hat.

Zerstörte Gebäude in Homs

INTERNATIONALE SANKTIONEN

Voraussetzung für Aussöhnung und Wiederaufbau ist das Ende kriegerischer Handlungen im Land. Wir sahen während unserer Delegationsreisen, dass die Bürger Syriens, die Behörden sowie zivilgesellschaftliche und regierungsferne Institutionen daran arbeiten, einen Weg zurück in die Normalität zu finden, obwohl es in einigen Landesteilen nach wie vor zu Kämpfen zwischen den verschiedenen Bürgerskriegsparteien kam.

Nahezu alle Gesprächspartner verwiesen auf die internationalen Sanktionen, die sie als Hauptgrund für die nur allmählich einsetzende Besserung der wirtschaftlichen Lage ansehen. Wir konnten uns vor Ort davon überzeugen, dass die internationalen Strafmaßnahmen in erster Linie die Bevölkerung treffen, indem sie durchgreifend und nachhaltig den kleinen und mittelständischen Unternehmen schaden und so wirtschaftliches Wachstum, den Abbau der Arbeitslosigkeit und das Entstehen einer allgemeinen Prosperität substantiell behindern.

Belebte Einkaufsmeile in Syrien

Wir brauchen den Wiederaufbau und die Modernisierung der Infrastruktur in Syrien, Schulen, ausgestattete Krankenhäuser, Bauarbeiter, wir brauchen leistungsfähige Fachleute. Das hörten wir von unseren Gesprächspartnern immer wieder um dies zu erreichen, kann und muss sich die deutsche Wirtschaft am Wiederaufbauprozess beteiligen. Wir wissen, dass die deutsche Wirtschaft dazu willens und in der Lage ist. Wir wissen, dass ein Großteil der Flüchtlinge die Hilfe annehmen wird und wieder in die Heimat geht. Helfen wir Ihnen, auch in unserem Interesse!

Gesprächs- und Fototermin mit dem Aufbauminister Syriens

VOM THÜRINGER RENTENKONZEPT BIS ZUM ERFOLG IN KALKAR

Es war ein langer Weg bis Kalkar. Am 28.11.2020 stimmten beim Bundesparteitag im nordrheinwestfälischen Kalkar beinahe 89 Prozent der Delegierten für das erste Rentenkonzept der AfD. Wer hätte das gedacht?

Der Weg zum Rentenkonzept von Kalkar war steinig und lang, aber wenn man das Ergebnis betrachtet, so hat er sich allemal gelohnt. Angefangen hat dieser Weg bei uns in Thüringen. Darauf können wir stolz sein!

Die Überlegungen für ein Rentenkonzept begannen direkt nach meinem Einzug in den Deutschen Bundestag im Herbst 2017.

Zusammen mit dem Thüringer Landtagsabgeordneten und damaligen Referenten der Landtagsfraktion, René Aust, formierte sich eine schlagkräftige Truppe, mit der wir das Thüringer Rentenkonzept aus der Taufe hoben. Mitte 2018 war es dann soweit, das Thüringer Rentenkonzept war fertiggestellt und konnte veröffentlicht werden. Der Thüringer Landesverband war damit die erste Parteigliederung, die ein vollständiges Rentenkonzept präsentieren konnte.

ES GEHT UM WERTSCHÄTZUNG!

Die Altparteien haben sich von interessierten Kreisen vor den Karren spannen lassen und bereitwillig die gesetzliche Rentenversicherung zerstört. Der desolate Zustand der gesetzlichen Rentenversicherung war somitdie Ausgangsbasis unserer Überlegungen. Unser Ziel war es, die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, zukünftige Altersarmut zu verhindern sowie die heutige Benachteiligung von Eltern in der Altersversorgung zu beseitigen.

ALLE ZAHLEN EIN!

Der Clou unseres Rentenkonzeptes war die Produktivitätsrente: Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus, Einführung eines Rentenaufschlages für deutsche Staatsbürger sowie einer Kinderrente, die die Erziehungszeiten der Eltern endlich gebührend berücksichtigt. Die Finanzierung der Rente basierte auf der Drittelparität aus Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Bundeszuschüssen, auf der Streichung sämtlicher Subventionen der privaten Rentenversicherung, der Flexibilisierung des Renteneintrittsalters sowie dem Prinzip, dass zukünftig alle einzahlen: Arbeitnehmer, Selbstständige, Beamte und Politiker!

Unser Thüringer Rentenkonzept schlug hohe Wellen und so kam es, dass wir mit Björn Höcke am 05.06.2018 bei der Bundespressekonferenz in Berlin unser Rentenkonzept der Öffentlichkeit vorstellen konnten. Der Thüringer Aufschlag motivierte weitere Parteigliederungen es uns gleich zu tun und so setzten wir innerhalb der Partei einen basisdemokratischen Prozess in Gang, der das Ziel eines kompromissfähigen Rentenkonzeptes hatte. Weitere Rentenkonzepte aus der Mitte der AfD erblickten in den kommenden Wochen und Monaten das Licht der Welt, darunter auch ein Konzept des amtierenden Bundessprechers Meuthen.

Präsentation des Thüringer Rentenkonzepts auf der Bundespressekonferenz in Berlin

DAS MEUTHEN'SCHE RENTENKONZEPT – VOLLE PRIVATISIERUNG VORAUS!

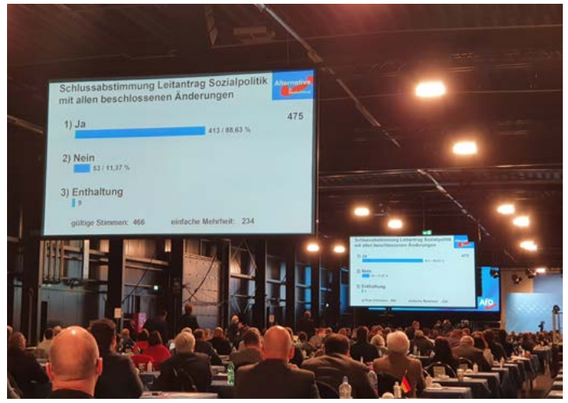
Jörg Meuthens Vorschlag für ein Rentenkonzept sah den totalen Bruch mit dem seit Bismarck bestehenden deutschen Rentensystem vor. Weg von der solidarisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung und hin zur Privatrente. In den Rentenvorstellungen Jörg Meuthens sollte jeder deutsche Staatsbürger eigenverantwortlich für seine Altersversorgung sein. Das heißt in der Konsequenz, dass jeder Bürger sich hätte eigenverantwortlich über tausende von Produkten am privatwirtschaftlichen Rentenmarkt informieren, selektieren und entscheiden müssen.

Zum Glück ist es aber nicht dazu gekommen: Jörg Meuthen ist mit seinem Rentenkonzept krachend gescheitert! Und das ist gut so, aus zwei Gründen: Das Meuthen'sche Rentenkonzept ist unsolidarisch, macht die Finanz-und Versicherungsbranche reich und schwächt diejenigen, die sich keine gute Beratung leisten können. Mit anderen Worten schwächt es genau jene Bürger, für die wir Politik machen wollen und es stärkt genau diejenigen, die ohnehin schon zu viel vom Kuchen abbekommen. Außerdem ist die Rente viel zu sensibel als das man sie alleinig dem Kapitalmarkt in die Hände legen sollte, weil dem Rentner nach dem Börsencrash ansonsten das Armenhaus erwartet, anstatt dem verdienten Altersruhestand.

DER BESCHLUSS VON AUGSBURG, DIE BUNDESPROGRAMMKOMMISSION UND DIE VERSCHIEBUNG DES SOZIALPARTEITAGES

Ein Kompromiss musste also unter den mittlerweile vielen eingereichten Konzepten gefunden werden. Am 30. Juni 2018 brachte Björn Höcke auf dem Bundesparteitag in Augsburg einen Antrag auf einen in Mitteldeutschland stattfindenden Sozialparteitag ein, der vor den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen über die zukünftige soziale Ausrichtung der Partei entscheiden sollte. Dieser Antrag wurde von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit angenommen. Eine Bundesprogrammkommission sollte im Vorfeld des Sozialparteitages aus den vielen Vorschlägen einen guten Rentenkompromiss erarbeiten. Die Bundesprogrammkommission

leistete gute Arbeit und es wurde bald ein sehr guter Kompromiss gefunden, der in weiten Teilen dem Thüringer Rentenkonzept entsprach. Alles war im Grunde vorbereitet, nur wurde man sich nicht einig, wann und wo der Parteitag stattfinden sollte. Der per Bundesparteitagsbeschluss beschlossene Sozialparteitag im Vorfeld der drei wichtigen mitteldeutschen Landtagswahlen fiel aus und damit auch die Rückendeckung für die Landesverbände in Sachsen, Brandenburg und Thüringen.



Ergebnis der Schlussabstimmung über den Leitantrag zur Sozialpolitik

NICHT SACHSEN, ABER KALKAR

Nachdem der Sozialparteitag aufgrund der Corona-Auflagen nochmals verschoben wurde, konnte der Sozialparteitag mit eineinhalb jähriger Verspätung im nordrheinwestfälischen Kalkar abgehalten werden. In Kalkar endete ein langer Weg, der im Herbst 2017 in Thüringen seinen Anfang nahm und der mit dem ersten Rentenkonzept der Alternative für Deutschland endete. Leider wurde der für die Partei gar nicht hoch genug einzuschätzende Erfolg medial beinahe komplett von der skandalösen und parteischädigenden Rede des Bundessprechers Meuthen aufgefressen. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

UNSERE MARKTTOUR 2020 – DAS WAR RICHTIG STARK!

Arnstadt, Gotha, Nordhausen, Mühlhausen, Heiligenstadt, Leinefelde, Bad Langensalza, Artern, Eisenach und Ilmenau

Die Sommerpause 2020 hatten meine Kollegen Stephan Brandner, Marcus Bühl, Dr. Anton Friesen, Dr. Robby Schlund und ich genutzt und sind auf Markttour gegangen. Gemeinsam mit den Kollegen Lars Schütze, Birger Gröning und Jens Cotta aus der Landtagsfraktion, war ich auf vielen Thüringer Marktplätzen unterwegs. Zusammen mit dem Bürgermobil der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag haben wir zahlreiche Infostände auf den Marktplätzen Thüringens absolviert, standen interessierten Bürgern Rede und Antwort und informierten über unsere Arbeit im Deutschen Bundestag. Ein herzliches Dankeschön gebührt an dieser Stelle somit auch der Landtagsfraktion in Erfurt, die uns mit dem Bürgermobil und den Fraktionskollegen unterstützte. AfD Hand in Hand, so muss das sein!

Mühlhausen, Steinweg/Ecke Stätte

Die Markttour war ein voller Erfolg und hat auch richtig Spaß gemacht. Dabei ist mir insbesondere der Infostand mit Marcus Bühl und Birger Gröning am Steinweg in Mühlhausen in guter Erinnerung geblieben. Der Infostand war krachend voll, das war richtig klasse. Die Mühlhäuser Antifa hatte uns an dem Tag mit einem Besuch beehrt. Vielleicht war der Infostand ja deshalb so gut besucht? Wir sind halt mehr, liebe arbeitsscheue Antifa!

Mühlhausen

Viele Bürger mahnten uns zur Einigkeit und zeigen damit mehr politische Vernunft als so mancher Funktionär. Die Markttour hat uns aufgezeigt, dass die Probleme auf der Straße liegen und das niemandem außer den Regierungen damit geholfen ist, wenn wir uns uneinig sind.

Marktplatz Gotha

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die zum erfolgreichen Gelingen der Markttour beigetragen haben und ganz besonders bei den zahlreichen Besuchern an den Infoständen, für ihren Mut an unserem Infostand Gesicht zu zeigen.

Nordhausen, Bahnhofstraße

Die Markttour 2020 ist uns Motivation und Auftrag weiter zu machen und auch im Jahr 2021 wieder auf die Marktplätze in Thüringen zu gehen, um mit interessierten Bürgern ins Gespräch zu kommen. So starten wir gleich Anfang März mit unserer „Frühlingserwachen"-Tour. In Kooperation mit der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und zusammen mit meinem Kollegen Marcus Bühl werde ich am 10.03. in Ilmenau und am 29.03.2021 in Heilbad Heiligenstadt in der Wilhelmstraße vor dem Wahlkreisbüro von Björn Höcke vor Ort sein. Kommen Sie vorbei - wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Eine starke Truppe – Ein herzliches Dankeschön allen Helfern und Unterstützern! Ohne Euch ist alles nichts!

GASTBEITRÄGE

DAS INFEKTIONSSCHUTZGESETZ IST EIN VERFASSUNGSWIDRIGES FREIHEITSBERAUBUNGS- UND UNTERJOCHUNGSGESETZ! - STEPHAN BRANDNER

Es gibt in Deutschland zwei rechtlich normierte verfassungsrechtliche Ausnahmezustände: Im Vorfeld der Regelungen des einen fanden etwa zehn Jahre lang hitzige Debatten im Parlament und in den Medien statt. Die Regelung des anderen Ausnahmezustandes ging ganz flott: wenige Tage Debatte, Verunglimpfung der Gegner durch Altparteien und Medien bei gleichzeitiger Unterstützung der Regierenden, ein paar Wasserwerfereinsätze gegen friedliche Demonstranten und dann nahezu einstimmige Zustimmung der ganz großen Koalition aus CDU, CSU, SPD und Grünen.

Der eine Ausnahmezustand sieht im Verteidigungsfall die Möglichkeit vor, in fünf Grundrechte einzugreifen - im Seuchen- und Pandemiefall kann es zu zeitlich unbegrenzten Eingriffen in nahezu sämtliche Grundrechte kommen. Das Infektionsschutzgesetz ist ein bewusst vage gehaltenes Unterjochungs- und Freiheitsberaubungsgesetz. Warum? Der Schikanekatalog in § 28a ist an alle Bürger gerichtet. Alle Bürger werden unter Generalverdacht gestellt. Das ist ein Bruch mit den bisherigen Grundsätzen des Polizeirechts, nach denen grundsätzlich nur Störer Adressaten staatlicher Maßnahmen sein dürfen. Es sind also schwere Verstöße gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit.

Es stellt sich die Frage, für welchen Ausnahmezustand muss man höhere Voraussetzungen erfüllen? Für den einen Fall, den Verteidigungsfall, wo zeitlich begrenzt in fünf Grundrechte eingegriffen werden kann, oder für den Seuchenfall, in dem die Möglichkeit besteht, zeitlich unbegrenzt in alle genannten Grundrechte mit allen genannten Schikanemaßnahmen, einzugreifen? Ich verrate es Ihnen: Der Seuchenfall ist viel einfacher festzustellen als der Verteidigungsfall. Für ihn reicht die einfache Mehrheit im Bundestag, um alle Grundrechte abzuschaffen. Für die Feststellung des Verteidigungsfalls braucht man eine qualifizierte Mehrheit im Bundestag und sogar die Zustimmung des Bundesrates. Am 18.11.2020 wurde das Infektionsschutzgesetz in verfassungswidriger Weise geändert. Der Deutsche Bundestag beschloss mit Mehrheit von CDU/CSU und Grünen, dass zur

Ausrufung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite maßgeblich unter anderem das Vorliegen einer „bedrohlichen übertragbaren Krankheit“ gegeben sein muss. Wo fängt eine Krankheit an, bedrohlich zu werden?
Für uns als AfD und für mich als Justiziar der Fraktion steht fest: Grundrechte sind keine Verfügungsmasse. Grundrechte sind keine Privilegien. Sie gelten immer und überall, auch und vor allem in Krisenzeiten! Für uns liegt die Verfassungswidrigkeit des Infektionsschutzgesetzes geradezu auf der Hand. Es hätte nie in Kraft treten dürfen. Deshalb streben wir als AfD-Fraktion eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht an – benötigen dafür aber die Unterstützung von 25 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestages.
Die Debatte zu meinem Antrag diesbezüglich hat gezeigt, dass eine Unterstützung durch die anderen Fraktionen nicht zu Stande kommen wird. Es ist eben nur die AfD, die bedingungslos, überall und immer für die Grundrechte sowie die Freiheit der Bürger einsteht!

FÜR UNSERE HEIMAT MIT HERZBLUT KÄMPFEN UND DEUTSCHLAND VOM KOPF ZURÜCK AUF DIE FÜSSE STELLEN! - MARCUS BÜHL

Als wir 2013 unsere AfD gründeten und in kürzester Zeit eine unglaubliche Erfolgsgeschichte hingelegt haben steckte unser Land schon tief in der Krise. Die selbstgefällige Politik der deutschen Altparteien bedrohte und bedroht unsere Souveränität. Wir haben uns zusammengefunden, weil wir daran glauben, dass unsere Heimat Deutschland und Thüringen erhalten werden kann. Ich bin stolz darauf, diese Alternative für Deutschland in Thüringen mit gegründet und aufgebaut haben zu dürfen. Mein Kreissprecheramt und mein Bundestagsmandat sind für mich keine Berufe, sondern Berufungen, weil ich mit Ihnen, mit Euch gemeinsam, Deutschland retten will.
Ich arbeite in einem der zeitintensivsten Ausschüsse des Bundestages, dem Haushaltsausschuss. Inzwischen habe ich dort fast 300 Anträge gestellt. Mit Forderungen, die zur Sicherheit unserer Grenzen und Bürger beitragen, zur Bekämpfung des Asylmißbrauchs. Vor Ort bei den Grenzschützern informiere ich mich über die Situation und führe viele Hintergrundgespräche. Anträge, die ich stelle, werden erst empört abgelehnt, aber viele darin enthaltene Forderungen werden kurze Zeit später von der Koalition umgesetzt. Mit unseren Forderungen treiben wir die Altparteien vor uns her! AfD wirkt!
Das alles sind richtige und wichtige Schritte auf dem Weg zu unseren großen Zielen - den politischen Willen, unsere Landesgrenze konsequent zu schützen und den Mißbrauch des Asylrechts zu beenden.
Um unsere Politik zu vermitteln müssen wir noch mehr Bürger erreichen. Dazu gehören auch „Corona“ und die krassen Einschränkungen unserer Grundrechte, verbunden mit riesigen Wirtschaftsschäden und keinem effektiven Schutzkonzept für unsere Risikogruppen. Gegen betreutes Denken und die Einschüchterung ankämpfen, für die Freiheit und Sicherheit. Infostände und Bürgerabende während der Wahlkreiswochen füllen daher große Teile meines Terminkalenders. Vielen Dank allen, die mithelfen! Dass uns die Zeitungen so schneiden spornt mich dabei noch mehr an!
Wahljahr 2021, bald werden wir Thüringer AfD Mitglieder uns zur Aufstellungsversammlung für die Wahl der Kandidaten zur nächsten Bundestagswahl zusammenfinden. Ich freue mich auf ein Wiedersehen mit Euch. Bei der Aufstellung werde ich für den dritten Listenplatz kandidieren und würde mich über Eure Stimme und Unterstützung sehr freuen.
Liebe Freunde, wir sind die letzte Chance für Deutschland. Wir machen Politik, weil wir dieses Land lieben. Wir sind nicht bereit, zu akzeptieren, was die Altparteien diesem Land antun. Mein großes Motto lautet: Deutschland vom Kopf zurück auf die Füße stellen. Dafür kämpfe ich, Seite an Seite mit Euch! Ich danke Euch!

PS: Regelmäßige Informationen zu meiner Arbeit gibt es unter: https://www.marcus-buehl.de.

DR. ROBBY SCHLUND

Vor vier Jahren hat es unsere Partei geschafft, in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Seitdem kämpfen wir als größte oppositionelle Kraft für unser Land. Es ist mir eine Ehre, dieser Fraktion anzugehören und mit meinen Kollegen richtungsweisende Politik für Deutschland zu machen. Ob als Mitglied im Gesundheitsausschuss, Obmann im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss globale Gesundheit und Auswärtiger Ausschuss, so habe ich viele politische Erfolge zu verzeichnen.

So konnten wir im Gesundheitsbereich das lang debattierte Thema der Organspende verhindern und meinen Antrag auf Beendigung des derzeitigen Krankenhausabrechnungssystems ins Plenum einbringen. Dies sehe ich als besonderen Erfolg, da Gesundheitsthemen in der Zeit vor Corona bei Fraktionssitzungen als „trockener“ Stoff empfunden wurden.

In der Covid-19-Krise hat unser Arbeitskreis einen kühlen Kopf bewahrt und forderte von Anfang an die Einführung eines pandemischen Rastermanagements sowie die Gründung eines Expertenrates um Lockdown- Maßnahmen und gesamtgesellschaftliche Schäden zu verhindern.

Auch und vor allem durch meinen Vorsitz in der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe ist es gelungen, einen nationalen und internationalen Erfolg zu erzielen. Deren Arbeit hat einen wesentlichen Beitrag zum Tauwetter in den sensiblen Beziehungen geleistet und das Verhandlungsklima u.a. beim Petersburger Dialog verbessert, was nach vielen Jahren wieder konstruktive Ideen in den Kiev-Moskauer Status Quo brachte. Als entschiedener Gegner der Russlandsanktionen habe ich mich um die Wiederbelebung der interparlamentarischen Zusammenarbeit bemüht, was auch gelungen ist.

Denn wofür man mich im Dezember im Plenum noch belächelte, wurde nun Realität: **Nach Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im November** in Moskau und meiner Rede im Deutschen Bundestag mit dem dringenden **Appell zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit auch mit Russland**, reagierten Spahn und Merkel. Sie erklärten sich bereit, mit dem russischen Gesundheitsministerium zusammenzuarbeiten, **um deutsche Unternehmen für die Herstellung russischer Impfstoffe in Europa zu gewinnen**.

Russland hat bereits Impfstoffe gegen COVID-19 registriert: u.a. “Sputnik V” und “EpiVacCorona”. Aktuell durchlaufen die Medikamente die dritte Phase nach der Registrierung von Tests an Freiwilligen und zeigen eine Effizienz von fast 100%.

Die AfD-Fraktion, allem voran unsere Landesgruppe Thüringen, ist mithin die erfolgreichste und präsenteste Fraktion im Bundestag. Unsere berufliche Vielfalt, Expertise und Zusammenhalt zeugen von politischem Erfolg. Vor allem die kollegiale Zusammenarbeit mit meinem Freund und Kollegen Jürgen Pohl möchte ich besonders betonen. Gemeinsam haben wir ein Pflegekonzept erstellt, was ein grundlegendes Umdenken in der Patientenversorgung und Stärkung der Pflegeberufe beinhaltet.
Zum Wohle unseres Landes und unserer Heimat!

Ihr Dr. Robby Schlund

DR. ANTON FRIESEN

Liebe Bürger!
Zusammen mit meinen Kollegen Marcus Bühl, Jürgen Pohl, Robby Schlund und Stephan Brandner kämpfe ich in Berlin für Ihre Interessen.

Ich bin 1985 in der damaligen Sowjetunion als Russlanddeutscher geboren. Seit 1995 in meiner historischen Heimat, habe ich – parallel zu meiner sicherheitspolitischen Doktorarbeit – im Projektmanagement gearbeitet und mich für die Integration der Deutschen aus Russland eingesetzt. Bereits seit März 2013 bin ich aktives Mitglied der Alternative für Deutschland.

Seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag 2017 bin ich unter anderem Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Außenpolitik - das hört sich so weit weg an. Doch der Eindruck täuscht. Die Sanktionen gegen Russland schaden massiv unserer Thüringer Wirtschaft, gefährden zehntausende von Arbeitsplätzen gerade bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der Krieg in Syrien, angeheizt unter westlicher Einmischung, mit tätiger bundesdeutscher Unterstützung für islamische Fanatiker, sorgt für Migrationsströme, durch die die Syrer ihre Heimat verlieren und viele Bürger bei uns ihre deutsche Heimat zu verlieren drohen. Gegen beides – die Sanktionen gegen Russland und den Krieg in Syrien – habe ich mich eingesetzt.

Durch zahlreiche Anfragen konnte ich aufdecken, wie massiv die Verluste für unsere Wirtschaft sind (2020 ist der Handel zwischen Thüringen und Russland um fast ein Drittel eingebrochen, auch im Zuge der Corona- Zwangsmaßnahmen dieser Bundesregierung). Tatsächlich sind die Sanktionen weitgehend wirkungslos - von 2014 bis heute sind nur 1,8 Millionen Euro von russischen Bürgern oder Unternehmern in Deutschland eingefroren worden. Die Wirtschaft der Europäischen Union, allen voran Deutschland und hier die neuen Bundesländer – hat dagegen allein 2014 über 42 Milliarden Euro verloren. Seien Sie sicher – zusammen mit meinen Kollegen werde ich weiter mit aller Kraft für die Abschaffung der schädlichen und wirkungslosen Russland-Sanktionen kämpfen! Für eine neue Russland-Politik habe ich federführend einen Antrag entworfen, der im Bundestag beraten und von allen Altparteien abgelehnt worden ist.

In Syrien jährt sich der Bürgerkrieg dieses Jahr zum zehnten Mal. Durch meine Anfragen habe ich u.a. aufgedeckt, dass die Bundesregierung von 2011 bis einschließlich 2019 syrische Oppositionsgruppen unterstützt hat. Dafür wurden Bundesmittel in Höhe von über 240 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Meine Anfragen zu aktuellen Zahlen laufen. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode einen Antrag eingebracht, in dem wir die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Syrien gefordert haben. Wir setzen uns mit zahlreichen weiteren Anträgen für die Rückkehr der syrischen Flüchtlinge und den Wiederaufbau des Landes ein. Das kommt sowohl unseren Bürgern, als auch den Syrern zugute!

Beides – Russland und Syrien – sind nur ein kleiner Ausschnitt aus meiner Arbeit. Insgesamt habe ich nicht nur mit hunderten Anfragen gravierende Missstände und eklatante Steuergeldverschwendung aufgedeckt (u.a. gelten fast 100 Rückkehrer aus Syrien und dem Irak als islamistische Gefährder, d.h. potentielle Terroristen). Ich habe auch federführend zahlreiche in den Bundestag eingebrachte Anträge initiiert – für eine neue Russlandpolitik, die Aufhebung der Russland-Sanktionen, für mehr Bundesbehörden bei uns in Thüringen, für die Einführung einer Demokratieklausel und gegen die staatliche Förderung von extremistischen Vereinen in „Demokratieprogrammen", gegen Christenfeindlichkeit in Deutschland und weltweit und viele mehr.

Ihr Anton Friesen
P.S.: Wenn Sie sich näher über meine Arbeit informieren möchten, können Sie gerne einen Blick auf die Netzseite https://www.friesen-im-bundestag.de/ werfen.

MERKEL SCHICKT IHREN GENERAL VOR:
CDU-FRAKTIONSCHEF BRINKHAUS FORDERT DIE REVOLUTION VON OBEN!

Artikel 79 (3) GG: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig."

Artikel 79 (3) GG beschreibt die sogenannte „Ewigkeitsklausel" des Grundgesetzes, die eine Bestandsgarantie für verfassungspolitische Grundsatzentscheidungen, in Form der Menschenwürde und den Strukturprinzipien in Artikel 20 (Republik, Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat), enthält.

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge sagte am Wochenende CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus der Zeitung „Welt am Sonntag": „Wir brauchen eine Jahrhundertreform – vielleicht sogar eine Revolution."

Brinkhaus zufolge komme das politische System Deutschlands im Kampf gegen das Corona-Virus an seine Grenzen, weshalb auch der bundesdeutsche Föderalismus kein Tabu-Thema mehr sein dürfe. Der bundesdeutsche Föderalismus genießt nach der „Ewigkeitsklausel" aus Art. 79 (§) GG allerdings Bestandsgarantie.

Nach dem Interview dürfte klar geworden sein: Die Regierung plant ein anderes Deutschland! Björn Höcke hatte Recht: Die Regierung plant eine Revolution von oben! Frage: Wo ist Herr Haldenwang, wenn man ihn mal braucht?

https://www.n-tv.de/.../Brinkhaus-plaediert-fuer...

MEINE MITARBEITER
DAS BESTE KOMMT ZUM SCHLUSS!

Am Anfang dieser Zeitungsausgabe war nur eines klar: Meine Mitarbeiter, auf die ich wirklich stolz bin und auf die ich bauen kann, müssen mit in diese Ausgabe. Nicht alle meine Mitarbeiter wollten in die Zeitung. Das hat unterschiedliche Gründe: Mancher hat noch andere Arbeitgeber und fürchtet Repressalien oder es hat einfach private Gründe.

Torsten Stange, Leiter Wahlkreisbüro Mühlhausen, Öffentlichkeitsarbeit und Chefredakteur Wahlkreiszeitung

Madeleine Arnold, Büroorganisation Mühlhausen

Isabell, Vorzimmer des Bundestagsbüros in Berlin

Alfred Krause, Wahlkreisbüro Nordhausen und Sondershausen, Mann für alle Fälle

Axel Haake, Wahlkreisbüro Nordhausen und Mann für alle Fälle

Siegfried Daum, Mann für alle Fälle in Mühlhausen

BITTE DARAN TEILNEHMEN: AUFSTELLUNGSVERSAMMLUNG AM 8. MAI 2021!

Voraussichtlich am **8. Mai 2021** findet die **Aufstellungsversammlung**, die Wahl der Listenkandidaten der AfD Thüringen zur Bundestagswahl 2021, statt. Der Veranstaltungsort ist bei Erscheinen dieser Zeitung noch nicht bekannt. Bitte notieren Sie sich diesen Termin dennoch fett in den Kalender. Dieser Termin ist sehr wichtig, weil er darüber entscheidet, wen Sie in den kommenden vier Jahren für die AfD Thüringen in den Bundestag entsenden wollen. Meine Beweggründe für meine erneute Kandidatur habe ich Ihnen in dieser Zeitung erläutert. Ich möchte Sie an dieser Stelle darum bitten, wenn möglich an dem für die Partei so wichtigen Parteitag teilzunehmen. Und selbstverständlich würde ich mich auch über Ihre Unterstützung sehr freuen. Kommen Sie also zahlreich zum Parteitag und nehmen Sie bitte Ihr Wahlrecht wahr. Ich bedanke mich.

KONTAKT

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77520
Fax: +49 30 227-70521
juergen.pohl@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mühlhausen
Kurze Jakobistraße 3
99974 Mühlhausen
Telefon: +49 03601-764 34 94
Fax: +49 03601-764 34 95
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordhausen
Hesseröder Straße 11
99734 Nordhausen
Telefon: +49 03631-41 89 741
Fax: +49 03631-41 89 742
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sondershausen
Hauptstraße 41
99706 Sondershausen
Telefon: +49 03632-825 9560
Fax: +49 03632-825 9561
juergen.pohl.wk@bundestag.de

AKTUELLE FLUGBLÄTTER GIBT ES IN DEN WAHLKREISBÜROS

Aktuelle Flugblätter zu den Themen Corona, Pflege, Rente, Syrien und der Landtagsfraktion können während der Eröffnungszeiten in meinen Wahlkreisbüros in Mühlhausen, Nordhausen und Sondershausen abgeholt werden.

TERMINE

10.03.2021	„Frühlingserwachen" in Ilmenau - unterwegs mit dem Bürgermobil der AfD-Fraktion
27.03.2021	14Uhr Mitgliederversammlung KV NEM Waldcafé Prinzenhaus in Mühlhausen
29.03.2021	„Frühlingserwachen" in Heilbad Heiligenstadt - unterwegs mit dem Bürgermobil der AfD-Fraktion
08.05.2021	Aufstellungsversammlung (Listenparteitag) zur Bundestagswahl 2021

Alle Termine und Aktualisierungen findet Ihr auf meiner Facebookseite fb.me/juergen.pohl.afd oder Homepage www.pohlposition-afd.de

facebook.com/juergen.pohl.afd

www.pohlposition-afd.de

@Pohl_MdB

V.i.s.d.P.: MdB Jürgen Pohl, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, eMail: juergen.pohl@bundestag.de